

„Wir werden mit allen Akteuren in einen Dialog treten“

INTERVIEW Für **Magnus Jung** ist die Pflege nur gemeinsam zukunftsfähig zu gestalten



Dr. Magnus Jung

(Foto: Jennifer Weyland) ist seit 2009 Mitglied im Landtag und seit April saarländischer Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit. Der Politikwissenschaftler war von 2004 bis 2009 freiberuflich unter anderem in den Bereichen Politikberatung und Journalismus tätig.

Die Problemlage in der Pflegepolitik ist auch im Saarland komplex. Zum Fachkräftemangel kommt unter anderem die Notwendigkeit, die saarländische Krankenhauslandschaft weiterzuentwickeln. Gesundheitsminister Magnus Jung erläutert im Interview, wie die neue Landesregierung die Herausforderungen angehen will. Die Fragen stellte AK-Referent Henning Fries.

Im Wahlprogramm der SPD steht, dass bis 2030 zusätzlich 4.000 neue Pflegekräfte eingestellt werden sollen. Wie gehen Sie dieses Vorhaben an und wie kommt Ihre Partei auf die Zahl 4.000?

Im Saarland fehlen momentan rund 1.000 Pflegekräfte, bis Ende des Jahrzehnts sind es Hochrechnungen zufolge bereits 4.000 dringend benötigte Pflegekräfte. Mit einer konzertierten Aktion Pflege möchten wir die Pflege stärken und den Pflegenotstand bekämpfen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir mit allen Akteuren wie den Trägergesellschaften, den Pflegeschulen, den Gewerkschaften und mit Pflegekräften selbst in den Dialog treten. Ich bin davon überzeugt, dass wir die Pflege im Saarland nur gemeinsam zukunftsfähig gestalten

können. Verbesserte Arbeitsbedingungen mit einer bedarfsgerechten Personaldecke, geregelten Arbeitszeiten und mehr Handlungsmöglichkeiten sind dabei von zentraler Bedeutung.

Die AOK und die Techniker Krankenkasse verlangen eine Umgestaltung der Krankenhauslandschaft, bei der Schwerpunkte neu gesetzt und spezifische Angebote neu gebündelt werden sollen. Kleinere Häuser sollten dann mehr ambulante Operationen durchführen oder auch Medizinische-Versorgungszentren (MVZ) betreiben. Wie bewerten Sie diese Forderung und haben Sie weitere Pläne zur Sicherung der Krankenhauslandschaft?

Die Krankenhauslandschaft befindet sich bundesweit im Wandel. Übergeordnetes Ziel ist es, das Saarland zu einem Standort mit modernem, bedarfsgerechtem und leistungsfähigem Gesundheitssystem weiterzuentwickeln. Dafür muss die Krankenhauslandschaft aktiv weiterentwickelt werden. Mit Blick auf den demografischen Wandel ist es auch von zentraler Bedeutung, die Gesundheitsversorgung in der Stadt und auf dem Land langfristig sicherzustellen. Dafür brauchen wir

einen neuen Ansatz in der Krankenhausplanung.

Die finanziellen Belastungen für Menschen in Pflegeeinrichtungen steigen und sind im Saarland im Bundesvergleich mit am höchsten. Wird es eine Entlastung für sie geben? Wird das Saarland hier eine Bundesratsinitiative einbringen?

Die finanziellen Belastungen für Menschen in Pflegeeinrichtungen sind weiterhin zu hoch. Gesundheit und Pflege darf nicht von finanziellen Möglichkeiten abhängig sein. Pflegebedürftigkeit muss gesellschaftlich besser abgesichert werden. Die Landesregierung möchte sich deshalb auch auf Bundesebene für ein solidarisches Pflegeversicherungswesen einsetzen. Notwendige Verbesserungen in der Pflege dürfen dabei nicht auf Kosten von den Pflegenden umgesetzt werden. Ich hoffe und erwarte, dass der Bund hier gesetzgeberisch aktiv wird.

Viele Beschäftigte in der Pflege wollen regelmäßig an Fort- und Weiterbildungen teilnehmen, werden jedoch von ihren Arbeitgebern nicht freigestellt. Wollen Sie die Arbeitgeber an dieser Stelle stärker in die Pflicht nehmen?

Der Arbeitsmarkt ist geprägt von Veränderungen und befindet sich im stetigen Wandel. Fort- und Weiterbildungen sind daher selbstverständlich und auch für das Pflegepersonal in unserem Bundesland ein zentrales Instrument zur persönlichen und fachlichen Weiterentwicklung. Jede Fortbildung hat dabei auch für den Arbeitgeber zahlreiche Vorteile. Wir möchten die Angebote für Pflegebeschäftigte im Rahmen des saarländischen Weiterbildungsgesetzes künftig noch weiter ausbauen. Mit dem Weiterbildungsportal hat die Landesregierung darüber hinaus bereits zahlreiche Maßnahmen, Angebote und Informationen zum Thema zusammengeführt.



Diese Demonstranten haben bereits im Jahr 2017 in Saarbrücken auf den Pflegenotstand hingewiesen.